

Dresdner Volkszeitung

Postkonton: Dresden
Sabon & Comp., Nr. 1298

Organ für das werktätige Volk

Verantwortl. Redakteur: Dr. G. G. G.
Verantwortl. Schriftf. u. Verw. Dr. G. G. G.
Verantwortl. Redakteur: Dr. G. G. G.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, ist es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalt, hat der Bezirker der Dresdner Volkzeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: 1.00 M., auswärts 1.10 M., monatlich 3.00 M., auswärts 3.30 M., vierteljährlich 10.00 M., auswärts 11.00 M., halbjährlich 19.00 M., auswärts 21.00 M., jährlich 36.00 M., auswärts 40.00 M. Einmalige Anzeigen: 1.00 M. pro Zeile für 10 Tage, 2.00 M. pro Zeile für 20 Tage, 3.00 M. pro Zeile für 30 Tage, 4.00 M. pro Zeile für 40 Tage, 5.00 M. pro Zeile für 50 Tage, 6.00 M. pro Zeile für 60 Tage, 7.00 M. pro Zeile für 70 Tage, 8.00 M. pro Zeile für 80 Tage, 9.00 M. pro Zeile für 90 Tage, 10.00 M. pro Zeile für 100 Tage.

Schriftleitung: Bismarckstr. 10, Fernsprecher Nr. 2561. Sprechstunde nur vornehmlich von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsstelle: Bismarckstr. 10, Fernsprecher Nr. 2561 und 12707.
Verlagszeitung von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Verlagspreis: Grundpreis: die 40 mm breite Monatszeitschrift 3.00 M., die 90 mm breite Monatszeitschrift 4.00 M., die 120 mm breite Monatszeitschrift 5.00 M., die 150 mm breite Monatszeitschrift 6.00 M., die 180 mm breite Monatszeitschrift 7.00 M., die 210 mm breite Monatszeitschrift 8.00 M., die 240 mm breite Monatszeitschrift 9.00 M., die 270 mm breite Monatszeitschrift 10.00 M., die 300 mm breite Monatszeitschrift 11.00 M., die 330 mm breite Monatszeitschrift 12.00 M., die 360 mm breite Monatszeitschrift 13.00 M., die 390 mm breite Monatszeitschrift 14.00 M., die 420 mm breite Monatszeitschrift 15.00 M., die 450 mm breite Monatszeitschrift 16.00 M., die 480 mm breite Monatszeitschrift 17.00 M., die 510 mm breite Monatszeitschrift 18.00 M., die 540 mm breite Monatszeitschrift 19.00 M., die 570 mm breite Monatszeitschrift 20.00 M., die 600 mm breite Monatszeitschrift 21.00 M., die 630 mm breite Monatszeitschrift 22.00 M., die 660 mm breite Monatszeitschrift 23.00 M., die 690 mm breite Monatszeitschrift 24.00 M., die 720 mm breite Monatszeitschrift 25.00 M., die 750 mm breite Monatszeitschrift 26.00 M., die 780 mm breite Monatszeitschrift 27.00 M., die 810 mm breite Monatszeitschrift 28.00 M., die 840 mm breite Monatszeitschrift 29.00 M., die 870 mm breite Monatszeitschrift 30.00 M.

Nr. 79

Dresden, Sonnabend, den 4. April 1931

42. Jahrgang

Wo bleibt der zweite Mann?

Genossinnen und Genossen?

Drei Monate intensiver Arbeit liegen hinter uns. Starke Erfolge werden aus allen Teilen des Reiches gemeldet. Sie beweisen, daß die Werbeparole mit Begeisterung aufgenommen wurde.

„Kampf dem Marxismus!“ Das ist das Feldgeschrei der bürgerlichen Reaktion. Die patentierten Vertreter des versagenden kapitalistischen Systems sind wenig erfindereich in der Wahl ihrer Mittel. Sie befolgen die primitive Ablenkungsmethode des erwischten Diebes, durch den Ruf „Halte den Dieb!“ die Aufmerksamkeit auf andere zu lenken, um die Scharen ihrer betörten Anhänger an sich zu fesseln. Die wüste Heze der Anhänger einer nationalistischen oder bolschewistischen Diktatur, die außerordentlichen Schwierigkeiten, die durch die Reichstagswahl am 14. September im Reich geschaffen wurden, haben die Partei zum Schutz der Republik, zur Stärkung der Demokratie, für die Erhaltung der sozialen Errungenschaften zu aktivstem Handeln gezwungen.

Im Reichstage in die Verteidigung gedrängt, ging die Partei außerparlamentarisch erfolgreich auf der ganzen Linie geschlossen zum Angriff vor. Allgemein wurde die politische Gefahr erkannt.

Kaum war das Ziel aufgezeigt, daß die Mitgliederwerbung den unverrückbaren Mittelpunkt unserer Parteiarbeit im Jahre 1931 bilden müsse, als sich auch schon der Wiesenorganismus unserer Partei in Bewegung setzte. Die roten Banner wurden entrollt. Der Vormarsch begann.

Die Parole für das Jahr 1931 war gegeben: „Wo bleibt der zweite Mann?“

Grüß jenen Werbemännern, all den Genossen, die, befeuert von Pflichtgefühl, begeistert für unsere heilige Sache die gestellte

Aufgabe ohne Zögern in Angriff nahmen und durchführten. Sie finden ihren Lohn in dem erhebenden Bewußtsein, ihre Aufgabe erfüllt, den arbeitenden Massen der Welt einen Dienst erwiesen, die Macht und den Einfluß ihrer Partei gestärkt zu haben. Wir sind stolz auf dieses Heer pflichtbewußter Genossen! Wir wissen, sie werden, angefeuert von dem bisherigen Erfolg, weiterkämpfen, bis der Sieg errungen ist.

Genossinnen und Genossen! Laßt uns unsere Anstrengung verdoppeln! Unermüdet wollen wir werben!

Stärkt die Organisation und die Presse!

Millionen Männer und Frauen haben uns immer wieder bei den Wahlen ihre Stimme gegeben, ohne jedoch die Mitgliedschaft der Partei zu erwerben. Führt diese große Schar Gleichgesinnter zu uns. Reicht sie ein in das Heer unserer eingeschriebenen Mitglieder. Macht sie zu mutigen, pflichttreuen Kämpfern für unsere gute Sache und zu Helfern der sozialdemokratischen Presse.

Bergeht es nicht: Es ist eure wichtigste Aufgabe, alle säumigen Genossen immer wieder tagtäglich an die Werbeparole zu erinnern. Spornet sie an, Tag für Tag! Appelliert immer wieder an ihr Gewissen! Rückt den Gedanken der Werbung entschlossen in den Mittelpunkt aller Zusammenkünfte und Versammlungen, dann wird dank eurer aufopfernden Arbeit das Jahr 1931 in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie als eines der erfolgreichsten fortleben.

Auf euch kommt es an! Auf jeden einzelnen Genossen, auf jede einzelne Genossin! Unser Vormarsch ist unaufhaltbar! Durch unsere Reihen hallt der Ruf:

Wo bleibt der zweite Mann?

Berlin, den 31. März 1931.

Otto Weis

Mordwaffen auf dem Altar

Was sagen die Kirchenbehörden dazu?

Der Mannheimer evangelische Pfarrer Ebert ist seines Amtes enthoben worden, weil er sich als Redner an dem Kampfe beteiligte, den die Sozialdemokratie gegen nationalsozialistisches Romytum führt. Einen Einspruch Eberts gegen die — vom Oberkirchenrat ausgesprochene — Amtsenthebung hat das evangelische kirchliche Verwaltungsgericht in Baden abgewiesen mit der Begründung, daß hier einzig das Dienstgericht zuständig sei. Da Ebert aber außerdem beantragt hatte, das gegen ihn ausgesprochene Versammlungsverbot aufzuheben und die von ihm verlangte Aufstellung seiner politischen Referate für unzulässig zu erklären, mußte das erwähnte Verwaltungsgericht wohl oder übel immerhin Stellung nehmen. Ebert hatte gegen beide Anordnungen der kirchlichen Oberbehörde Einspruch erhoben, da sie gegen die Reichsverfassung (Recht der freien Meinungsäußerung) gegen die badische Verfassung und die Kirchenverfassung verstießen. Das Gericht verwarf den Einspruch mit der Begründung, durch die einseitige und leidenschaftliche Vertretung einer politischen Auffassung habe die Würde und das Ansehen des geistlichen Amtes Schaden gelitten.

Wir erklären hiermit, daß wir den badischen Oberkirchenrat für „einseitig und leidenschaftlich“ politisch orientiert halten. Oder wie soll man sich sonst den folgenden Fall erklären: Pfarrer Streng aus Baden ist einer der aktivsten Agitatoren der Hitler-Partei. Er hat sich am 1. März, am

sogenannten Volkstrauertage, einen politischen Ertrag geleistet, der kaum zu überbieten ist. Er sprach nicht nur auf einer Kanzel, von der eine große schwarz-weißrote Sakramentale herabhing, sondern auf dem Altar, auf dem Tisch des Abendmahls, hatte er auch noch Stabhelme, Säbel und Karabiner niedergelegt. Wenn der Christus der Bergpredigt lebte, er hätte vermutlich den Pfarrer mit samt seinen blutrünstigen, gotteslästerlichen Heilsrequisiten durch einen Fußtritt zum Tempel hinaus befördert. Was aber tat der badische Oberkirchenrat? Trotz ausdrücklicher öffentlicher Kritik und Mahnung ist er gegen den Säbelpfarrer nicht eingeschritten.

Halten wir die beiden Fälle nebeneinander: Pfarrer Ebert hat sich in einigen sozialdemokratischen Versammlungen gegen den Mordgeist der Sakramentale gewandt — der badische Oberkirchenrat entbot ihn zur Strafe seines Amtes. Pfarrer Streng schändete den Altar durch eine wüste Mord- und Sezpropaganda — er blieb der Kirche lieber Sohn, an dem sie Wohlgefallen hat. Wir sind gespannt, ob die kirchlichen Behörden im Reich es für nötig halten werden, sich zu diesem unerhörten Widerspruch zu äußern. Denn der Fall geht nicht nur Baden an. Wenn Streng nichts geschieht, wird man die deutsche evangelische Kirche in ihrer Gesamtheit für nationalsozialistisch verfeuert halten müssen.

Harte Oftern

Von Paul Löbe, Präsident des Reichstags

Zäh und trotzig hat der Winter in diesem Jahr dem Frühling den Zutritt zu wehren versucht. Zäh und lähmend liegt nach immer die Wirtschaftskrise über Deutschland und fast der ganzen übrigen Welt. Nur vereinzelt und kümmerlich sprießen die ersten Blumen aus der harten Erde — nur schwache Anläufe einer Besserung des Wirtschaftslebens sind hier und da zu spüren — kein Frühling mit einem Umschwung der ökonomischen Temperatur. Wie draußen sich Tausende nach der warmen Sonne sehnen, so halten Millionen nach einer Besserung ihrer äußeren Lebenslage Umschau.

Gewiß, schwere politische Umwetter sind abgewehrt, aber die wirtschaftliche Hilfe ist noch nicht erstanden. Die trüben politischen Prophezeiungen des Herbstes und Winters haben sich nicht erfüllt, allerdings auch nicht die Hoffnung auf bessere Zeiten. Nach dem 14. September fürchteten Nutzlose und Kleingläubige schwere Katastrophen für Land und Volk. Ein arbeitsunfähiger Reichstag, die Unmöglichkeit der Etatsbalancierung, politische Verwirrung in höchsten Graden! Putsch wurden von den Ueberängstlichen für unvermeidlich angesehen, die normale Abwicklung der staatlichen Geschäfte und die Wahrung der staatlichen Ordnung für unmöglich gehalten. Bei den bürgerlichen Mittelparteien herrschte Panik wegen des unaushaltbaren Anwachsens der nationalistischen Flut.

Diese dunklen Prophezeiungen haben sich nicht erfüllt. Dem deutschen Faschismus ist ein Gegner entstanden, an dessen Wällen die Springflut sich bricht. In Tausenden von Versammlungen, in Hunderten von wichtigen Rundgebungen, in denen die Macht und Aufsicht der vielgeschmähten „Marxisten“ sich kundgab, ist dem neuen Feind gezeigt worden, daß die Sozialdemokratie den Kampf gegen ihn mit derselben Sicherheit aufnimmt wie gegen alle früheren Widersacher. In Geheimzirkularen gesteht Herr Hitler zu, daß er zwar die bürgerliche Front zernagt hat, bei der Linken aber auf Granit trifft. Rängt ist unsere Defensiv in die allgemeine Offensive umgeschlagen und hat trotz der schweren Zeiten schon zu Erfolgen bei einzelnen Wahlen und zur Stärkung unserer Organisationen geführt.

Auf diese Bewegung stützt sich auch der feste und unverrückbare Abwehrwille im Parlament, den nach einer Frontveränderung gegen den neuen Feind die sozialdemokratische Reichstagsfraktion betätigt. Zunächst gelang es, die Arbeitsunfähigkeit des Reichstags gegen alle Schrei- und Bittungsversuche zu sichern — schließlich mit dem nicht vorauszu sehenden Erfolg, daß die „nationale Opposition“ vor lauter politischer Tapferkeit davonlief. Dann wurde es möglich, den Reichstag, die Grundlage der Wirtschaftsanleitung, ordnungsgemäß und fristgerecht festzusetzen — gewiß mit manchem Opfer, das dabei gebracht wurde. Aber gegenüber den Verlusten und Gefahren, die bei einem Zusammenbruch der Staatsfinanzen eingetreten wären, mußten diese Opfer in Kauf genommen werden. Auch die ungewöhnlich lange parlamentarische Pause und die Sicherung des politischen Betriebes vor Gewalt- und Mordtaten dienten ja nur dem Zweck, diese Grundlage nicht zu gefährden.

Aber, wie gesagt, Ordnung der staatlichen Finanzen, Sicherung der normalen Abwicklung der Staatsgeschäfte — sie sind nur die Voraussetzung, der Anfang, die Grundlage einer wirtschaftlichen Gesundung. Von ihr und von vielen anderen, zum Teil nicht immer bestimmbar Faktoren der Weltwirtschaft hängt der weitere Fortschritt ab. Viele Versuche werden unternommen, diese Gesundung zu beschleunigen, innerpolitische und außenpolitische. Auch solche, die fehlgeschlagen müssen, wie die Senkung der Kaufkraft durch Lohnabbau. Aber die Anhänger des kapitalistischen Systems mögen sich klar sein, daß sie die letzte Probe für den Bestand ihrer Wirtschaftsordnung abzulegen haben. Führen diese Versuche zur Ueberwindung der Krise zu keinem Erfolg — und die Hoffnungen darauf sind wirklich nicht sehr groß — dann wird die Welt andere Wege suchen, die nur in der Richtung des Sozialismus möglich sind. Fünf Millionen Arbeitslose als Dauererscheinung ist ein unmöglicher und unerträglich Zustand. Unerträglich für die Opfer, unerträglich für die, die sie über Wasser halten sollen, unerträglich für Staat und Gesellschaft. Findet die planlose Produktion den Ausweg aus diesem Chaos nicht mehr, dann wird die planmäßige, die sozialistische an ihre Stelle treten. Die Frage ist nur, ob in reiflicher Erkenntnis dieser Entwicklung die organische Anpassung an neue Formen sich vollzieht, oder ob der Uebergang in schweren Katastrophen erfolgt. Die Sozialdemokratie warnt, sie mahnt zu rechtzeitigem Umbau unhaltbarer geordneter Wirtschaftsformen. Sie weiß, daß dieser Umbau unvermeidbar ist, und daß nicht die Arbeiterklasse allein, sondern die ganze gegenwärtige Gesellschaftsklasse in ihrer Existenz bedroht ist, wenn man diese Zeichen der Zeit übersteht. Nicht in dem Geiste des Rückwärts, den die Nationalsozialisten propagieren, sondern nur in dem Vorwärts zu neuen